

Bundesministerium für Justiz
Museumstraße 7
1070 Wien

Dampfschiffstraße 2
A-1031 Wien
Postfach 240

Tel. +43 (1) 711 71 - 0
Fax +43 (1) 712 94 25
office@rechnungshof.gv.at

Wien, 17. August 2011
GZ 300.449/012-5A4/11

**Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Strafgesetzbuch
und die Strafprozessordnung 1975 zur Verbesserung des
strafrechtlichen Schutzes der Umwelt geändert werden**

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Rechnungshof dankt für die mit Schreiben vom 15. Juni 2011,
GZ BMJ-S318.031/0001-IV 1/2011, erfolgte Übermittlung des Entwurfs eines Bundes-
gesetzes, mit dem das Strafgesetzbuch und die Strafprozessordnung 1975 zur Verbesse-
rung des strafrechtlichen Schutzes der Umwelt geändert werden, und teilt zur Darstellung
der finanziellen Auswirkungen mit:

Die Erläuterungen stellen fest, dass die beabsichtigte Einführung neuer bzw. die Auswei-
tung bestehender strafrechtlicher Tatbestände ausgabenwirksam ist, enthalten jedoch
keine betragsmäßige Schätzung der voraussichtlichen Mehrausgaben.

Der Rechnungshof verweist diesbezüglich auf Punkt 1.7.2. der Verfahrensanleitung zur
Erstellung des Mengengerüsts und der Berechnung der Personal- und Verwaltungs-
sachausgaben/-kosten und kalkulatorischen Kosten von Rechtsvorschriften (Anhang 1
zur Verordnung des Bundesministers für Finanzen betreffend Richtlinien für die Er-
mittlung und Darstellung der finanziellen Auswirkungen neuer rechtsetzender Maß-
nahmen, BGBl. II Nr. 50/1999 i.d.g.F.). Nach dieser Bestimmung wäre die Vollzugs-
häufigkeit der neuen rechtsetzenden Maßnahme - im konkreten Fall der zusätzlichen
Strafverfahren aufgrund der neuen bzw. erweiterten Straftatbestände - zu schätzen,
sofern kein Prognoseprogramm vorliegt. Dabei wären die einzelnen Leistungsprozesse
getrennt zu prognostizieren. In der Folge wären die finanziellen Auswirkungen auf
Grundlage einer Multiplikation der Wahrscheinlichkeit mit dem voraussichtlichen
Zeitbedarf für den jeweiligen Leistungsprozess zu ermitteln.



GZ 300.449/012-5A4/11

Seite 2 / 2

Da keine dieser Bestimmung entsprechende Schätzung der voraussichtlichen Mehrkosten vorgenommen wurde, entsprechen die Erläuterungen zu den finanziellen Auswirkungen nicht den Anforderungen des § 14 BHG und den hiezu ergangenen Richtlinien des Bundesministers für Finanzen, BGBl. II Nr. 50/1999 i.d.g.F.

Von dieser Stellungnahme wird jeweils eine Ausfertigung dem Präsidium des Nationalrates und dem Bundesministerium für Finanzen übermittelt.

Mit freundlichen Grüßen

Der Präsident:
Dr. Josef Moser

F.d.R.d.A.: